

HAUSHALTSDEBATTE

Weichen für die Zukunft gestellt

Der von der christlich-liberalen Koalition vorgelegte Haushaltsplan für das kommende Jahr findet international Beachtung. Während viele europäische Staaten mit historisch hohen Arbeitslosenzahlen kämpfen, beschreiten CDU, CSU und FDP bereits einen klaren Weg der Konsolidierung. Trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen wird die christlich-liberale Regierung 2011 die Schuldenbremse einhalten.

Millionen Familien profitieren von positiver Arbeitsmarktentwicklung

Mit Deutschland geht es aufwärts, die christlich-liberale Koalition ist ein Erfolgsmodell – das sind die wichtigsten Botschaften der Haushaltsrede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom Mittwoch. Den stärksten Applaus erhielt die Regierungschefin, als sie die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der unionsgeführten Koalition hervorhob. Im letzten Winter unter Kanzler Schröder waren noch 5,3 Millionen Menschen ohne Arbeit, heute gibt es dagegen nur noch rund drei Millionen Erwerbslose – und das trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen. „Wenn zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind, dann profitieren davon Millionen von Familien.“

Christlich-liberale Politik stabilisiert das Wachstum

Angela Merkel verwies auf die wichtigen Weichenstellungen, die die christlich-liberale Regierungskoalition zur Stabilisierung der positiven Arbeitsmarktentwicklung vorgenommen hatte. Erst im Frühjahr hatten CDU, CSU und FDP einen umfassenden Schutzschirm für Arbeitnehmer auf den Weg gebracht, der unter anderem eine drohende Erhöhung der Krankenversicherungs-Beiträge verhinderte. Milliarden schwere Konjunkturprogramme, aber etwa auch die Erhöhung des Kindergelds sorgten dafür, dass auch die Binnennachfrage stark wuchs.

Opposition rein destruktiv – SPD in desolatem Zustand

Die Opposition zeigte sich im Verlauf der Haushaltsdebatte im Bundestag zunehmend nervös. Insbesondere die SPD-Abgeordneten sahen keine andere Möglichkeit, als Angela Merkels Rede auf unwürdige Weise zu stören. Ständige Zwischenrufe sollten es den Zuhörern unmöglich machen, der Bundeskanzlerin zu folgen, als diese auf die Unzuverlässigkeit der Genossen hinwies. So hatte die SPD in der parlamentarischen Sommerpause ihre Haltung zum Renteneintrittsalter – ohne Rücksicht auf die Interessen Deutschlands – um 180 Grad verkehrt. Damit hatte sich die SPD von den Positionen ihres Alt-Vorsitzenden Müntefering sowie einiger ihrer versiertesten Fachleute, etwa Bert Rürups, abgewandt. In der aktuellen Sonntagsfrage kommt die SPD nur noch auf 24 Prozent.

Moderne Truppe für das 21. Jahrhundert

Die Bundeswehr muss in Teilen auf ein neues Fundament gestellt werden, um auf Dauer stabil zu bleiben. Das ist das Ergebnis umfassender Analysen über den Zustand und die Zukunft der Armee, mit denen Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg das von ihm geführte Verteidigungsministerium beauftragt hatte. Vor diesem Hintergrund setzt sich der Bundesverteidigungsminister für die Aussetzung der Wehrpflicht ein, die aber selbstverständlich im Grundgesetz verankert bleiben soll.

Mutige Analyse des Zustands der Bundeswehr

Obwohl die Bundeswehr derzeit über 252.000 Angehörige verfügt, können nicht mehr als 7.000 Soldaten durchhaltefähig ins Ausland entsandt werden – und selbst diese Frauen und Männer leisten ihren Dienst im Ausland nicht unter optimalen Bedingungen. Sie müssen derzeit vielmehr mit Defiziten leben, die sich aus organisatorischen Mängeln und einer Unterfinanzierung der Einsätze ergeben.

Ausrichtung auf neue Herausforderungen

Diese Missstände will Bundesminister zu Guttenberg nun beheben. Zu diesem Zweck scheut er auch nicht vor einer grundsätzlichen Neustrukturierung der Streitkräfte zurück. Vielmehr stellt der Verteidigungsminister den Mut unter Beweis, die gesamte Organisation der Bundeswehr in Frage zu stellen, um die Armee so gut wie möglich auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Freiwilligenarmee wäre schlanker und effizienter

In diesem Zusammenhang hat sich zu Guttenberg für eine Aussetzung der Wehrpflicht zu Gunsten einer Freiwilligenarmee ausgesprochen. Hierzu legte er verschiedene Konzepte vor, die unterschiedlich hohe Truppenstärken beinhalten. Zu Guttenberg legte allerdings fest, dass die Bundeswehr in jedem Fall mindestens über 163.500 Mann verfügen müsse. In einer auf diese Weise verkleinerten Armee könnten, so der Verteidigungsminister, aufgrund erhöhter Effizienz mindestens 10.000 Soldaten gleichzeitig einsatzbereit sein. Eine freiwillige kurze Dienstzeit in der Bundeswehr gibt es auch in Zukunft. Das entspricht dem von CDU und CSU vertretenen Grundsatz eines Dienstes für die Gemeinschaft.

Die Frage der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht hat jedoch so weitreichende Auswirkungen, dass die Führungsspitzen der Union ihre Anhängerschaften in den Entscheidungsprozess einbinden möchten. Daher werden sich sowohl der Parteitag der CSU Ende Oktober in München als auch der Karlsruher CDU-Bundesparteitag im November mit der Zukunft der Bundeswehr beschäftigen.